

**LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN**

10. Wahlperiode



**Vorlage**

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1989

Einzelplan 04 - Justizminister

- Drucksachen 10/3500 und 10/3740 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des  
Rechtsausschusses

Berichterstatter Abgeordneter Schreiber SPD

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 04 - Justizminister - wird mit den aus dem nachfolgenden Bericht ersichtlichen Änderungen angenommen.

MMV 10/1858 -

A Allgemeines

Der Rechtsausschuß hat den Entwurf des Einzelplans 04 in seinen Sitzungen am 5. Oktober und 2. November 1988 beraten und am 23. November 1988 die vorhergehende Beschlußempfehlung gefaßt.

Mit in die Beratungen einbezogen wurden dabei auch die Vorlagen des Justizministers mit dem Gesamtüberblick über den Personalhaushalt (Vorlage 10/1727) sowie über die sächlichen Ausgaben und Ausgaben für Investitionen (Vorlage 10/1726).

Mit Schreiben vom 9. Juni 1988 formulierte der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands, Landesverband e. V. Nordrhein-Westfalen seine Anforderungen hinsichtlich neuer Stellen für den Bereich des Strafvollzuges zum Personalhaushalt 1989 und stellte dem einige grundsätzliche Anmerkungen zur Personalwirtschaft im Strafvollzug voran. Diese Zuschrift 10/2087 wurde ebenso mit in die Beratungen einbezogen wie die Forderung der Landesarbeitsgemeinschaft der Sozialarbeiter/Sozialpädagogen bei den Vollzugsanstalten des Landes Nordrhein-Westfalen, die personelle Ausstattung der Vollzugsanstalten mit Sozialarbeiter und Sozialpädagogen zu verbessern (Zuschrift 10/2147).

Anmeldungen zum Personalhaushalt des Landes NRW 1989 der Arbeitsgemeinschaft Justiz im Deutschen Beamtenbund bezogen sich auf den Bereich des Strafvollzuges, den Bereich des einfachen und mittleren Justizdienstes sowie der Arbeiter und Angestellten im Justizdienst, auf den Rechtspfleger- sowie den Gerichtsvollzieherbereich. Auch dieses Schreiben vom 4. Juli 1988 (Zuschrift 10/2170) fand bei den Beratungen im Rechtsausschuß Berücksichtigung; gleichfalls auch die Anmeldung des Deutschen Anwaltsvereins e. V. Landesgruppe Nordrhein-Westfalen zum Personalhaushalt (Zuschrift 10/2171). Beantragt wird, für das Jahr 1989 mindestens 20 Anwärterstellen für das Land Nordrhein-Westfalen zu bewilligen.

Der Landtag hat in seinem Überweisungsbeschluß zum Haushaltsgesetz die Fachausschüsse mit der Maßgabe beteiligt, daß die Beratung des Personalhaushalts im Haushalts- und Finanzausschuß erfolgen soll. Gleichwohl hat der Rechtsausschuß auch hier einen Beratungsbedarf gesehen; Änderungen allerdings nicht beschlossen.

Der Entwurf des Einzelplans 04 wurde mit den vom Ausschuß beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. angenommen.

#### B Einzelberatung

Alle drei Fraktionen als auch der Justizminister waren sich bei den Beratungen des Einzelplans 04 einig, daß aufgrund des gestiegenen Geschäftsanfalls die Personalsituation bei den Gerichten immer kritischer wird. Die Oppositionsfraktionen sehen die Gefahr, daß trotz intensiven Einsatzes der Richter und Staatsanwälte der Zeitpunkt irgendwann erreicht wird oder gar schon erreicht ist, wo die Rechtspflege ihre Aufgabe nicht mehr erfüllen kann. Justizministerium und Regierungsfraktion wiesen darauf hin, daß allein über eine Stellenvermehrung dem Problem nicht beizukommen sei. Der Justizminister hofft, über die konkreten Vorschläge der von ihm eingesetzten Kommission zur Entlastung der Zivilgerichtsbarkeit zu einer Entlastung der Gerichte zu kommen.

Durch aufgabenkritische Überprüfung und Stellenumwandlung sei es möglich, so der Justizminister, neue Stellen zur Verstärkung der ordentlichen Gerichte, Staatsanwaltschaften und Verwaltungsgerichte vorzusehen. Auch der Strafvollzug sei durch aufgabenkritische Überprüfung immerhin mit 58 Stellen verstärkt worden. Der Justizminister war sich mit den Fraktionen einig, daß insbesondere im Vollzug eine ausreichende personelle Ausstattung vorhanden sein muß, um die gesetzlich geforderte Resozialisierung zu ermöglichen und einer Entwicklung in Richtung Verwahrvollzug entgegenzutreten.

Anträge zur Schaffung neuer Planstellen wurden nicht gestellt. Die CDU-Fraktion erklärte in der Abstimmungssitzung, daß sie angesichts des vorgelegten Haushalts für das Haushaltsjahr 1989 keine Anträge stellen werde.

1. Sachgerecht und erforderlich ist nach Ansicht der antragstellenden SPD-Fraktion die Erweiterung des Amtsgerichtsgebäudes in Lünen. Sie beantragte deshalb bei

Kapitel 04 020 - Allgemeine Bewilligung  
Titel 711 20 - Vorratsplanung für Justizbauten

die Erläuterungen in dem Abschnitt "Aus dem Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften" wie folgt zu ergänzen: "11. Erweiterung des Amtsgerichtsgebäudes in Lünen".

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

2. Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde ebenso einstimmig angenommen, bei

Kapitel 04 040 - Gerichte und Staatsanwaltschaften  
Titel 685 10 - Zuwendungen an den Bund Deutscher Schiedsmänner e. V. in Bochum

den Ansatz von 15 000 DM um 5 000 DM auf 20 000 DM zu erhöhen.

Die Zuwendungen dienen der Deckung der Kosten der Fortbildungslehrgänge von Schiedsmannsseminaren. Der Antrag soll sichtbar machen, daß eine stärkere Beteiligung des Schiedsmanns gerade auch bei zivilrechtlichen Streitigkeiten wünschenswert wäre. Ein verstärkter Zugriff bedingt eine ausreichende Fort- und Weiterbildung.

3. Zur Deckung der Mehrkosten in Höhe von 5 000 DM (Ziffer 2.) stellte die SPD-Fraktion den Antrag, bei

Kapitel 04 020 - Allgemeine Bewilligungen  
Titel 632 10 - Anteil des Landes an den Kosten  
 einer Kriminologischen Zentralstelle

den Ansatz von 130 000 um 5 000 DM auf 125 000 DM zu kürzen. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion bei drei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen angenommen.

4. Der Antrag der SPD-Fraktion bei

Kapitel 04 050 - Justizvollzugseinrichtungen  
Titel 684 10 - Zuwendungen an ... (verschiedene Träger)

den Ansatz von 150 000 DM um 57 000 DM auf 207 000 DM zu erhöhen,

und in den Erläuterungen bei e) den Klammerzusatz zu streichen, den Betrag von 57 000 DM einzusetzen und den Gesamtbetrag auf 207 000 DM zu erhöhen wurde einstimmig, bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion, angenommen.

Der Mehrbetrag ist, so die Ausführungen der antragstellenden Fraktion, für "Die Waage-Köln" vorgesehen. Es handelt sich um eine Einrichtung, die sich im Jugendbereich um einen Täter-Opfer-Ausgleich bemüht und für welche nunmehr ein Finanzierungs- und Personalkonzept vorliegt. Über den neu eingesetzten Betrag in Höhe von 57 000 DM soll das Projekt zu einem Drittel vom Land mitfinanziert werden.

5. Zur Deckung wurde von der SPD-Fraktion beantragt, im gleichen Kapitel bei

Titel 656 10 - Arbeitslosenversicherung für Gefangene

den Ansatz von 12 700 000 um 50 000 auf 12 650 000 zu vermindern, sowie bei

Titel 671 10 - Erstattungen an Aufsichtskräfte und Personen für die Verpflegung von Gefangenen usw.

den Ansatz von 72 200 um 7 000 auf 65 200 zu mindern.

Der Rückgang der Gefangenenzahlen läßt nach Meinung der antragstellenden Fraktion solche Kürzungen und Reduzierungen der Mittel zu. Der Justizminister hält die Kürzungen für vertretbar auch angesichts der Entwicklungen der Ist-Ausgaben.

Beide Deckungsanträge wurden mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. angenommen.

Schreiber  
Vorsitzender